



den und unter Voraussetzung eigener Einkünfte der Militärverwaltung von 8 Millionen Gulden der Zu- schuß der Finanzen auf nicht mehr als 74 Millionen Gulden beläuft.

V. Es sei in Zukunft das „Erfordernis für die k. k. Landarmee“ mit der zur Einsicht und Prüfung der Positionen im Detail nötigen Ausführlichkeit, wie die anderen Theile des Erfordernisses im Staatsvoranschlag vorzulegen.

VI. Es seien alle während der möglichst abzukür- zenden Übergangsperiode bis zur vollständigen Durchführung des Friedensetats auf die hiefür ausgepro- chene Summe nötigen Überschreitungen der letzteren bei den einzelnen Positionen als außerordentliches Erfordernis in der bezüglichen Vorlage anzugeben und auszuweisen.

VII. Es seien die Gebühren und Genüsse der k. k. Armee einer Revision zu unterziehen, und dabei dar- auf Bedacht zu nehmen, daß die Nebenbezüge durchaus auf den wirklichen Bedarf herabgemindert, und fernerhin Offiziersdiener nur activen Offizieren zuge- standen werden.

VIII. Es sei bis zur völligen Einbringung von allen supernumerären Offizieren, Militärparteien und Beamten bei bezüglichen offenen Chargen und Dienstplätzen Avancements nur aus den dringendsten Rück- sichten des Dienstes vorzunehmen.

IX. Es seien künstlich die Bezüge von Offizieren in Disponibilität oder von Pensionisten des Armeestandes ohne Rücksicht auf das von ihnen genommene Domicil nur in der allgemeinen Reichswährung ohne Agio-Berügung zu zahlen.

X. Es sei Vorsorge zu treffen, daß künstlich aus der Verheiratung von Generalen dem Staatschafe bezüglich der Versorgung ihrer Wittwen und Waisen keine anderen Lasten erwachsen, als bei anderen Of- fiziern.

XI. Es seien Pensionierungen im Stande der Armee nur im Falle wahrer Untauglichkeit zur ferneren Dienstleistung vorzunehmen, auf Wiederstellungsgesuche von pensionierten Offizieren die mögliche Rücksicht zu neh- men und der Verwendung von pensionierten und halb- invaliden Offizieren bei allen Posten des Armeewesens, wo solche Verwendung ohne Gefährdung des Dienstes möglich ist, Platz zu geben.

XII. Es sei ein neues Militärpensions-Normale mit Feststellung klarer und fester Grundsätze über die Zulässigkeit einer Pensionierung, dann der nötigen Garantien gegen Missbräuche und eines anderen Aus- maßes der Pensionen ebenso im verfassungsmäßigen Wege zur Wirksamkeit zu bringen.

Karl Wieser, Dr. C. Giskra,  
Obmann. Berichterstatter.

Beide Häuser des Reichsraths hielten am 28. Mai Sitzung.

In dem Herrenhause stand das Gesetz über die Brannweinsteuer auf der Tagesordnung. Die galizischen Mitglieder des Hauses waren fast sämmtlich auf ihren Plätzen erschienen, um, wie man sagt, wenigstens im Herrenhause gut zu machen, was die polnischen Abgeordneten durch ihre Abstimmung versehen haben. Art. 1 wird, nachdem ein Antrag des Fürsten Jablonowski, daß das Gesetz erst vom 1. November 1863 (statt vom 1. November d. J.) ab zu gelten habe, gefallen, und Art. 2 ohne Debatte angenommen. Zu Art. 3 gewinnt ein Amendement des Freiherrn von Romaszkan, wonach die Steuer auf 4 kr. festgesetzt wäre, die Majorität; Art. 4 wird ohne Debatte, Art. 5 unter Ablehnung eines Amendements des Fürsten Jablonowski, Art. 6 ohne Debatte, Art. 7 mit einem formellen Amendement des Finanzministers, Art. 8 und 9 ohne Debatte nach dem Autrage der Commission angenommen. Auch in den übrigen Punkten werden die Anträge des Ausschusses vom Hause adoptirt.

Der Gesetzentwurf über die künftige Art der Brannweinsteuerung, wie er aus den Berathungen des Herrenhauses hervorgegangen, lautet dennach:

Art. I. Die Verzehrungssteuer von der Erzeugung gebrannter geistlicher Flüssigkeiten ist, vom 1. November 1862 angefangen, mit den im Artikel V. bestimmten Ausnahmen nach der Menge und Gradhähigkeit des Erzeugnisses, das heißt nach der Menge der erzeugten geistigen Flüssigkeiten, mit Rücksicht auf ihren Alkoholgehalt bei einer Temperatur von + 12° Reamur, zu bemessen und einzuhauen.

Artikel II. Die Menge des Erzeugnisses und sein Alkoholgehalt werden mittelst eines amtlich geprüften mechanischen Messapparates und des hunderttheiligen Alkoholometers erhoben.

Sowohl den Messapparat als den Alkoholometer hat der Steuerpflichtige auf seine Kosten anzuschaffen und mit dem Brennapparate in Verbindung zu bringen.

Nur bis 1. November 1863 wird bei jenen Brennereien, welche nachgewiesen, daß sie einen Controlmessapparat bezuschaffen nicht im Stande waren, gestattet, die Menge und Gradhähigkeit der geistigen Flüssigkeiten mittelst einer so nahe als möglich an der Kühlslange angebrachten Vorlage zu erheben, und es ist sich hierbei nach der Kundmachung vom 7. Sept. 1860 (R.-G.-Bl. Nr. 206, S. 316) zu benehmen.

Art. III. Der Steuersatz wird für je einen Alkoholometergrad der erzeugten geistigen Flüssigkeit nach der 100theiligen Scala bei der Normaltemperatur von + 12 Grad R. mit 4.3 Mr. festgesetzt. Bei Ablesung des Alkoholometerstandes werde nur ganze Grade mit Hinweglassung der Bruchtheile eines Grades berücksichtigt. Der derzeit bestehende außerordentliche Buschlag bleibt aufrecht.

Artikel IV. Mit dem gleichen Betrage ist nach 3 Monaten von dem Zeitpunkte der Einführung der neuen Besteuerung an gerechnet bei der Ausfuhr

von Brannweingeist über die Zolllinie die Rück- vergütung der ganzen bei der Erzeugung entrichteten Steuer samt den außerordentlichen Buschlägen zu leisten.

Artikel V. Bezuglich derjenigen kleineren Brennereien, welche vermöge ihrer Einrichtung und des geringen Umfangs ihrer Erzeugung nicht als geeignet zur Anwendung eines Messapparates erkannt werden, sind zunächst nach Maßgabe der Menge und Gradhähigkeit ihres Erzeugnisses, auf den Grundlagen des gegenwärtigen Gesetzes Abfindungen über ihre Steuerleistung einzuleiten.

Artikel VI. In Brennereien mit Controlmessappa- raten ist als eine strafbare Verlezung des amtlichen Beschlusses zu handeln:

a) wenn geistige Flüssigkeit, die noch nicht durch den Messapparat geflossen ist, mittelst äußerer Einwirkung, deren Zufälligkeit die Partei nicht nachzuweisen vermag, beseitigt, oder

b) wenn die richtige Angabe des Controlmessappa- rates bezüglich der Menge oder Gradhähigkeit des einzelnen Erzeugnisses gefälscht und hiervon nicht unverweilt die Anzeige gestattet wird.

In beiden Fällen trifft den Leiter des steuerba- ren Verfahrens unter persönlicher Haftung des Brennereiunternehmers unbeschadet der anderweitigen Ver- strafung wegen Gesellschaftsverkürzung eine Geldstrafe von 500 — 1000 fl.

Im Falle der Wiederholung ist die obige Strafe zu verdoppeln. Handelt es sich aber hierbei um einen Brennereiunternehmer, der das strafbare Ver- fahren selbst leitet, so kann gegen denselben überdies auf den zeitweiligen oder dauernden Verlust der Be- fügung zur Fortsetzung seines steuerbaren Geschäftsbetriebes erkannt werden.

Art. VII. In Brennereien, denen nach Artikel VI. die einstweilige Verwendung einer die Stille des Controlmessapparates vertretenden Vorlage gestattet ist, wird es als strafbare Verlezung des amtlichen Beschlusses behandelt:

a) wenn die geistige Flüssigkeit, sei es vor oder nachdem sie in die Vorlage gelangt ist, mit Umgehung der gefälschlichen Kontrolle und der Besteuerung ganz oder teilweise abgeleitet oder entnommen wird;

b) wenn sich an der Vorlage oder deren Ver- bindung mit dem Auslauffrohre ein Gebrechen zeigt, welches die richtige Ermittlung der Menge oder Gradhähigkeit der erzeugten geistigen Flüssigkeit beeinträchtigt oder unmöglich macht, und hiervon nicht unverweilt die Anzeige erstattet wird.

Für beide Fälle gelten die im Artikel VI. be- stimmten Strafen.

Art. VIII. Die durch die bisherigen Vorschriften zugestandene Steuerbefreiung für die Brannweinherstellung aus selbsterzeugten Stoffen zum einzigen Hausbedarfe bleibt i. m. der festgesetzten Bahnen.

Art. IX. Mit dem Vollzuge dieses Gesetzes ist mein Minister der Finanzen beauftragt.

In dem Abgeordnetenhaus begann die Ver- handlung über das Erfordernis für Unterricht und führte nach einer kurzen Introduction sogleich zu der großen Debatte über das Concordat, der man schon seit langer Zeit mit großer Spannung entgegengese- en hatte. Die Galerien waren auch überfüllt, alle Logen dicht besetzt. Von höheren kirchlichen Würdenträgern hatten sich zwar nur wenige eingefunden, namentlich war der päpstliche Nuntius Monsignore de Lucca dieses Mal weggeblieben; aber die Ezechen und Polen konnten der Neugier nicht widerstehen und verblichen, wenn auch nicht auf ihren Sitzen, so doch im Hause. Sie verhielten sich unter den Abgeordneten auf der linken Seite und dem Centrum des Sitzungssaales, nahmen die für die Landtagsdeputirten und die Mit- glieder des Herrenhauses reservirten Plätze ein und zerstreuten sich in der Journalisten- und den übrigen Logen, sowie auf den Galerien. Nur Pfarrer Rucka und Dr. Hecler harrten auf ihren Sitzen aus. Die

Verhandlung eröffnete mit der dritten Lesung des Budgets der politischen Abtheilung des Staatsministeriums. Dasselbe wurde nach den früheren Beschlüssen genehmigt. Hierauf bestieg Prof. Brinz als Berichterstatter für das Budget des Unterrichtsministeriums die Tribune. Gleich der erste Antrag des Ausschusses, das Haus sollte erklären, daß es die im Art. XXXI. des Concordats enthaltenen Aussprüche über das Eigenthum der Kirche an den Studiensonds nicht für rechtsverbindlich erachte und die Zusammenziehung der einzelnen Sonds in einen Studiensond und einen Normalschulsonds der Erwagung der Regierung empfehle, gab Anlaß zu einer eingehenden und lebhaften Debatte. Brose erklärt sich gegen Vertreibung der Sonds und glaubt, daß der böhmische Landtag einen solchen Beschluss nicht anerkennen werde. Die folgenden Redner waren Bischof Lutwinowicz (für) und Dr. Giskra (gegen das Concordat). Herr Pfarrer Rucka, der einzige Pole, der sich an der Debatte beteiligte, brachte keine neuen Argumente für das Concordat, während Professor Herbst speciell gegen den Art. 31 des Concordats vermittelnd sprach. Vor Schluss der Sitzung wurde von Sr. Excellenz dem Herrn Finanz- minister der Dringlichkeitsantrag eingefordert: Der Reichsrath möge ihn autorisiren, ein Anlehen von 50 Millionen zur Deckung des Defizits zu machen, sei es bei der Bank durch die Herausnahme von einer der genannten Summe gleichkommenden Zahl von Schuldverschreibungen des Anlehens von 1860 oder — „mit- telst einer andern Creditoperation.“ Präsident bringt noch den Antrag des Herrn v. Hopfen zur Abstimmung. Derselbe lautet: „Das hohe Haus will be- schließen, der Bericht des Finanzausschusses über den Gesetzentwurf wegen Erhöhung der directen Steuern sei auf eine der ersten Sitzungen im Monat Juni zu sehen und die Verhandlungen und Beschlusssättigung hierüber an Tag für Tag auf einander folgenden Sitzun-

gen zu Ende zu führen.“ Dieser Antrag wird angenommen.

Nächste Sitzung Freitag. Tagesordnung: Fortsetzung der begonnenen Debatte.

In der Sitzung des Finanzausschusses vom 27. erklärte Kriegsminister Graf Oegenfeld, die Kritik der Armeeverwaltung erst im Hause widerlegen zu wollen. Der Ausschuss beschließt, die Widerlegung müsse im Ausschuss erfolgen. Die Kritik des Ausschussesberichtes wird genehmigt, der Passus über auswärtige Politik und das Grenzinstitut weggelassen. Oegenfeld will das Friedensbudget mit 92 Millionen, der Ausschuss will es mit 82 Mill. angesetzt haben. Die Abstimmung wurde vertagt.

Die dritte Section des Finanzausschusses hat ihre Berathungen über das Bankreglement beendet. Die von der Section am Entwurf vorgenommenen Änderungen sind ausschließlich formeller Natur. In der nächsten Sitzung wird das Uebereinkommen zwischen Finanzverwaltung und Nationalbank in Verhandlung kommen.

In der Sitzung der Banksection des Finanzausschusses vom 28. d. wurde die Frage, inwiefern der Staat an dem Einkommen der Bank partizipieren sollte, verhandelt. Der Vertreter der Regierung, Ministerialrat Brentano, stellte Minimal- und Maximalsätze des Gewinnes auf. Ein Beschluß wurde noch nicht ge- fasst.

Der Bericht der verstärkten Finanz-Kommission des Herrenhauses betr. das Erfordernis für den Staats- rats im Vermaltungsjahre 1862 empfiehlt dem h. Hause die in nachfolgenden Punkten zusammengestellten Anträge zur Annahme:

1. Für das Erfordernis des Staatsrathes im Ver- maltungsjahre 1862 ist ein Gesamtbetrag von 142.680 fl. 50 kr. in den Voranschlag einzustellen.

2. Eine Bedingung ist an diese Einstellung nicht zu knüpfen.

3. Die Vorlage eines Gesetzes bezüg. der Reorganisierung des Staatsrathes wird vom Herrenhause nicht in das Verzeichnis seiner Aufforderungen, Erwartungen und Wünsche aufgenommen.

4. Diese Beschlüsse sind dem Hause der Abgeordneten mitzuteilen.

Herr v. Bismarck-Schönhausen, der neu- nante kgl. preußische Gesandte am Hofe der Tsche- chen, ist am 26. d. Abends nach Paris abgereist.

Das Landratsamt in Schrimm hat den Geistlichen Powakowski in Ilowiec wegen Verweigerung der Annahme von deutsch erlassenen Verfügungen in eine Geldstrafe von 10 Thlr. versetzt.

In Stuttgart soll in den jüngsten Tagen das Gerücht von einem nahe bevorstehenden Besuch der Kaiserin Eugenie, Gemahlin Napoleons III., am würtembergischen Hof im Umlauf gewesen sein, und zwar mit dem Anfugen, dieser Besuch werde mit einer beabsichtigten Verbindung des Prinzen von Oranien und der Prinzessin Anna Murat in Beziehung gebracht. Heute erklärt sich der Staatsanwalt für Württemberg in der Lage, den Inhalt jenes Gerüchts, sowohl in der einen als in der andern Richtung, als völlig aus der Luft gegriffen und jedes Grundes ermangelnd zu bezeichnen.

In München fand am 26. d. eine Versammlung der Schützen Münchens statt, die sich mit den Augsburger Schützen in Verbindung gesetzt haben, um einen Protest gegen die Zulassung italienischer Schützen in Frankfurt abzusetzen und abzusenden.

### Frankreich.

Paris 26. Mai. Die fünf Deputirten der Linken wollen zum Budget pro 1863 folgende Amendements einbringen: Zu Artikel 1 soll folgender Paragraph hinzugesetzt werden: „Zur nächsten Session wird eine parlamentarische Unterforschung über den Zustand jedes einzelnen Verwaltungszweiges, über die Zahl der Beamten und über die Mittel zur Verbesserung des Staatsdienstes (sei es durch Decentralisation, sei es durch et. al. i. g. der zu hohen Kosten) ange stellt und bevor diese beendet, darf kein neues Amt geschaffen und keine durch Tod, Rücktritt oder Entlassung erledigte Beamtenstelle neu besetzt werden.“ Zum Kriegs-Ministerium Section 3 wird der Zusatz vorge- schlagen: „Der Effectivbestand wird um um 100,000 Mann vermindert.“ Zum Artikel 60: „Das Budget der Stadt Paris wird, so lange die Executive Kraft Gesetzes vom 5. Mai 1855 den Municipalrat ernennet, vom gelegenden Körper gerade so wie das Staats-Budget kontrollirt, discutirt und votirt.“ Artikel 63: „Die Amtsverhafung ist untersagt. Niemand darf die Gehälter mehrerer Amtler, Stellen oder Com- mission beziehen, wenn dieselben zusammen die Summe von 30,000 Frs. übersteigen.“ — Die vielfach verbreiteten Gerüchte über ein projectiertes Anlehen haben bei einzelnen Ministern großen Anstoß erregt. Es wurde deshalb sogar verlangt, daß ein officielles Document im Moniteur das Publicum in dieser Beziehung aufklären möge. Der Kaiser hat dies jedoch als vollkommen überflüssig abgelehnt. — Die französische Freimaurerei hat nun auch ihren Staatsstreit erlebt. Marshall Magenan, der von dem Kaiser bestellte Großmeister des Grand Orient, hat durch ein Decree die selbständige neben dem Grand Orient arbeitenden schottischen Logen aufgelöst, falls sie nicht in den Schoos der alleinprivilegierten Maurerei sich begeben wollen. Es ist dies der längst vorhergehende Rückschlag der von dem Soile mit so lautem Zeter geschriebe herbeigerufenen und mit so innigem Jubel begrüßten administrativen Maßregelung des Vereinsrechts auf religiösem Gebiete. Die schottischen Logen, an deren Spitze Viennet steht, wollen sich nicht auflösen, wenn sie nicht durch ein direct von dem Kaiser ausgehendes Decret dazu gezwungen werden. — Das dagegen in den Tuilerien zu Ehren Said Pascha's soll sehr hinter gewesen sein. Said Pascha, der Vizekönig, saß zur Rechten, Vely Pascha, der Repräsentant des Sultans, zur Linken der Kaiserin, was in Bezug auf die Enquette etwas bemerkbar ist. — Der Kaiser hat, indem er Herrn Ingros zum Senator ernannte, ihm sein letztes großes Gemälde: „Jesus im Tempel“ für 150,000 Fr. abgekauft.

Paris, 27. Mai. Prinz Napoleon ist in Par- is, General Miramon in Paris eingetroffen. Die spanischen Cortes sind vertagt worden. Wie der Courier de Marseille meldet, ist Mirabeau in Marseille eingetroffen, um sich dort nach Constantia einzuschiffen, wo er bei der türkischen Regierung wegen eines Fehlers von 6 Mill. Fr. der während seiner Haft bei der Regelung des ottomanischen Anlebens ergeben haben soll, reclamiren will.

### Belgien.

In Belgien wurde vor längerer Zeit ein großer Preis ausgesetzt für die beste Schrift über Karl des Großen Geburtsort. Dieser ist nämlich unbekannt und trotz eifriger Forschungen in Archiven nicht eruiert worden. Jahre lang errang Niemand den Preis und dieser stieg allmälig bis auf 6000 Francs. Heute endlich erkannte die k. belgische Akademie der Wissenschaften diesen Preis einer von Geh. Warkönig in Stuttgart und Generalauditor - Substitut Gerard in Brüssel verfaßten Schrift zu, welche alle die Frage betreffenden Resultate deutscher Forschung lichtvoll und erschöpfend zusammenfaßt, aber die Kernfrage selbst, wo Karl der Große geboren und erzogen wurde, noch immer unbeantwortet läßt.

### Großbritannien.

Die japanischen Gesandten verlassen am 26. London, um einige der Provinzialstädte des Nordens zu besuchen. Ihr erstes Reiseziel ist Newcastle, um ein in der Nähe der Stadt gelegenes Kohlenbergwerk zu besichtigen. Es soll nämlich in Japan Kohlenlager geben, deren wissenschaftliche Ausdeutung die Gesandten gerne genauer studiren möchten. Von dort beabsichtigen sie am 28. d. nach Liverpool zu gehen, wo ihnen die Stadt ein Bankett geben wird, und am darauf folgenden Tage nach der Hauptstadt zurückzukehren. In Birmingham und anderen auf ihrem Wege liegenden Städten werden sie sich nur flüchtig umsehen, da ihnen viel daran gelegen scheint, in London zu sein, wenn der britische Gesandte in Japan, Herr Alcock,



# Amtsblatt.

N. 2458. E d y k t. (3799. 2-3)

Ze strony c. k. Sądu powiatowego w Starym Sączu zawiadamia się z życia i pobytu niewiadomych Franciszka, Józefa i Wincentego Frankiewiczów, że przeciwko nim i innym spadkobiercom Józefa Małonki w Piwniczy - Maryi Wilczyńskiej pozew o oddanie połowy gruntów należących do spadku Jana Twarogiewicza w tutejszym Sądzie wniosła, i że do rozprawy ustnej dzień 1-go lipca 1862 o godzinie 9ej rano naznaczonym zos. al.

Gdy miejsce pobytu pomienionych współzwanych Frankiewiczów niewiadome jest, przeto Sąd tutejszy dla ich zastąpienia i na ich koszt i niebezpieczeństwo Jana Widomskiego z Piwniczy jako kuratora ustanowił, z którym wniesiona sprawa prawa według przepisanej dla Gali cy procedure sądowej będzie pertraktowana.

Tym edyktem przypomina się przeto współpozwanym Frankiewiczom ażeby w należytym czasie, albo sami przybyli, albo potrzebne dokumenta ustanowionemu zastępcy udzielić, lub innego rzecznika wybrali i temu sądowi oznajmili, w ogóle przedsięwzięli służące do obrony przepisane środki prawne, gdyż powstałe z zaniedbania skutki sami sobie przypiszą.

C. k. Sąd powiatowy.  
Stary Sącz, dnia 30 kwietnia 1862.

N. 6878. Kundmachung. (3819. 1)

Zur Verpachtung des Czchower städtischen Markt- und Standgelder Gefälles für die Dauer vom 1. November 1862 bis letzten October 1865 wird am 24. Juni 1862 um 9 Uhr Vormittags in der Czchower Stadtämter-Kanzlei eine öffentliche Licitations-Berhandlung stattfinden.

Der Fiscale Preis für dieses städtische Gefälle beträgt 183 fl. 30 kr. ö. W. jährlich, wovon jeder Pachtlustige 10% als Wadium zu erlegen haben wird.

Pachtlustige werden hiermit zur dieser Licitations-Berhandlung mit dem Beifügen eingeladen, daß die Licitations- und Pachtbedingnisse vor am und Licitationstermine in der Czchower Kämmererkanzlei eingesehen werden können.

Bon der k. k. Kreisbehörde.  
Krakau, am 21. Mai 1862.

N. 2196. Kundmachung. (3823. 1-3)

Vom 1. Juni 1862 angefangen wird im Orte Kołaczyce, Jasloer Kreises, eine k. k. Postexpedition in's Leben treten, welche sich mit dem Brief- und Fahrtostien besetzen und den Verkehr mittelst der zwischen Tarnow und Sanok, dann Tarnow und Dukla courirenden Malleposten unterhalten wird.

Rücksichtlich der Beförderung der Brief- und Fahrtostien haben die für Malleposten geltenden Bestimmungen in Anwendung zu kommen.

Zum Bestellungsgebiete dieser Expedition werden nachstehende Ortschaften einverlebt: Sieklówka góra, Sieklówka dolna, Sowina, Lublica, Bezdziatka mit Góry und Lazy, Bezdziadka, Narosie, Kołaczyce, Brzyska, Kłodawa und Ujazd.

Was hiermit zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird.  
Bon der k. k. galizischen Postdirektion.

Lemberg, am 21. Mai 1862.

L. 7684. Obwieszczenie (3808. 1-3)

C. k. Sąd krajowy Krakowski wiadomo niniejszym czyni, iż na zaspokojenie wyrokiem tutejszo-sądownym z dnia 20 sierpnia 1861 l. 8692 p. Antoninie Halastrowej od p. Wincentego Łatkiewicza przyznanej, według ks. gl. Gm. VI, vol. nov. 3 pag. 440 n. 38 on. w stanie biernym realności Nr. 47 Gm. VI. w Krakowie hipotecznie ubezpieczonej sumy 2053 złp. 2 $\frac{1}{2}$  gr. z procentem po 5 od sta, od dnia 1 maja 1859 bieżącym w mon. srebrnej grubiej brzeczącej i kosztami sądowemi w kwocie 18 zł. 24 c. egzekucyjnem w kwocie 5 zł. 90 c. i 5 zł. tudzież dalszemi kosztami przyznanemi w kwocie 74 zł. 3 c. rozpisana zostaje przymusowa publiczna sprzedaż realności Nr. 47 Gm. VI. w Krakowie na Kaźmierzu położonej, na dzień 18 czerwca 1862 o godzinie 10ej rano, na którym terminie ta realność i później ceny szacunkowej sprzedana zostanie:

1. Cenę wywoławczą stanowi wartość szacunkowa tej realności w ilości 22633 zł. 22 c.
2. Chęć kupna mający złożyć przed rozpoczęciem licytacji jako zakład do rąk komisji licytacyjnej 1500 zł. gotówką, lub w publicznych obligacyjach długów państwa, lub też w galicyjskich listach zastawnych, które papiry według ich imiennej wartości, ani też nad takową obliczać się niemają. Zakład nabywcy zatrzyma się w celu zabezpieczenia wykonania warunków licytacyjnych, innym zaś wspólnie kupującym zostanie wydanym zaraz po ukończeniu licytacji.
3. Resztę warunków licytacji uchwała tutejszo-sądowna dnia 20 stycznia 1862 do l. 20231 pod poz. 3, 4, 5, 6, 7 i 8 wyrażonych, zostawia się.

Kraków, dnia 12 maja 1862.

N. 5301. Edict. (3806. 3)

Zur Hereinbringung der vom Herrn Nikolaus Opidowicz wider die minderjährigen Ludwig und Albin Nowak ersiegten Forderung pr. 3000 flp. s. N. G. wird die executive Feilbietung der den genannten Minderjährigen gehörigen auf 2254 fl. 84 kr. ö. W. gerichtlich geschätzen zwei Achtel Theile der Realität Nr. 192 Sitz. I. neu (Nr. 304 Gm. III. alt) in Krakau bei diesem k. k. Landesgerichte in drei Terminen und zwar: am 26ten Juni, am 17. Juli und am 21. August 1862

jedesmal um 10 Uhr Vormittags abgehalten, wozu Kauflustige mit dem Beimerk eingeladen werden, daß das feilgebotene Objekt in diesen 3 Terminen nur über oder um den Schätzungspreis, keineswegs aber unter denselben hingetragen wird, daß die Licitanten 10% des Schätzungspreises als Wadium der Licitationscommission zu erlegen haben und daß die Feilbietungsbedingnisse, sowie der Hypothekenauszug und Schätzungsact in der landesgerichtlichen Registratur Federmanns Einsicht freistehen.

Sollte die feilgebotene Entität bei den 3 gedachten Terminen auf die angegebene Weise nicht veräußert werden können, so wird zur Feststellung von erleichternden Bedingungen eine Tagssatzung auf den 21. August l. J. um 4 Uhr Nachmittags hiergerichts festgesetzt, wozu die Interessenten vorgeladen werden.

Zum Curator für die etwa nachträglich in die Hypothek gelangenden Gläubiger wird Advokat Dr. Alth mit Substituirung des Advokaten Hrn. Dr. Schönborn ernannt. Bon k. k. Landes-Gerichte.

Krakau, am 23. April 1862.

N. 5301. E d y k t.

Celem zaspokojenia należytości złp. 3000 z pn. Mikołaja Opidowicza przeciw małoletnim Ludwikowi i Albinowi Nowakom wywalconej odbędzie się przymusowa sprzedaż dwóch ósmych części realności pod l. 192 dz. I. now. (l. 304 gm. III. st.) w Krakowie położonej, do wspomnianych małoletnich należących na zla, 2254 c. 84 sądownie oszacowanych w c. k. Sądzie krajowym na trzech terminach, mianowicie: 26 czerwca, 17 lipca i 21 sierpnia b. r., każdą razą o godzinie 10ej przedpołudniem, na której chęć kupienia mających z tem nadmieniem się wzywa, że owe części realności na powyższych trzech terminach tylko wyżej ceny szacunkowej lub za takową, nigdy za niżej ceny, sprzedane będą, że licytanci jako wadym 10% ceny szacunkowej na ręce komisji licytacyjnej złożyć winni i że warunki licytacji jak również wyciąg hipoteczny i akt oszacowania w registraturze c. k. Sądu krajowego przejrzane być mogą.

Gdyby rzeczone części realności na ustanowionych 3 terminach w sposób wyżej podany nie mogły być sprzedane, wtedy dla ułożenia leższych warunków wyznacza się termin na dzień 21 sierpnia b. r. o godzinie 4ej popołudniu, na który strony interesowane wezwane zostają.

Dla wierzycieli następuje do hypoteki wejście mogących ustanawia się kuratorem adwokata Dra Altha, dodając mu zastępcę w osobie adwokata Dra Schönborna.

C. k. Sąd krajowy.  
Kraków, dnia 23 kwietnia 1862.

N. 3983. Kundmachung. (3796. 2-3)

Zur Verpachtung der Neu-Sandener städtischen Brauntwein- und Mehl-Propriation für die Zeit vom 1. November 1862 bis Ende October 1865 wird am 3ten Juli 1862 eine öffentliche Licitation in der Magistratskanzlei in Neu-Sandez abgehalten werden.

Der Fiscale Preis beträgt 11,100 fl. ö. W., das Wadium 1110 fl. ö. W.

Die Licitationsbedingnisse können beim Magistrat in Neu-Sandez eingesehen werden.

Bon der k. k. Kreisbehörde.

Neu-Sandez, am 13. Mai 1862.

N. 3983. Obwieszczenie.

W celu wydzierżawienia propinacyi miejskiej wódeczanej i miodowej i w Nowym Sączu na czas od 1 listopada 1862 aż do końca października 1865 r. odbędzie się dnia 3 lipca 1862 publiczna licytacja w kancelarii magistratalnej w Nowym Sączu.

Cena wywołania wynosi 11,100 zł., wadym 1110 zł.

Warunki licytacyjne przejrzec można w kancelarii magistratalnej w Nowym Sączu.

Z c. k. Władzy obwodowej.

Nowy Sącz, dnia 13 maja 1862.

N. 975. E d y k t. (3800. 2-3)

C. k. Urząd powiatowy jako Sąd w Lanckucie podaje niniejszym do publicznej wiadomości, iż na żądanie p. Antoniego Szpilmana z Lanckuta, imieniem swojem, tudzież jako pełnomocnika Maryanny 1go ślubu Szmuc powtórnego Kuzniar niemniej Walentego, Michała i Jana Szpilmanów działającego, na zaspokojenie dłużnej sumy 243 zł. 55 $\frac{1}{2}$  c. procentem po 4% od dnia 1 sierpnia 1861 licząc się mających, tudzież kosztów sądowych 3 zł. 50 cent. niemniej kosztów egzekucyjnych 3 zł. 23 c. 8 zł. 74 c. i 21 zł. 26 c. gospodarstwo gruntowe w Wysocie pod CN. 38 a rep. Nr. 55 położone wraz z chałupą na tymże będącą do małoletniego Walentego Szpilmana należące, w trzech terminach t. j. na dniu 14go czerwca, 5 i 21 lipca 1862 każdą razą o godzinie 10ej rano na gruncie sprzedać się mającym w Wysocie pod następującymi warunkami przez publiczną licytację sprzedanem zostanie:

1. Za cenę wywoławczą stanowi się cena szacunkowa aktem urzędowym oszacowania pod dn. 8 marca 1862 zdziałanym wynalezionej 466 zł. wynosząca.
2. Mający chęć licytowania rzeczonego gospo-

darstwa mają złożyć tytułem wadym dziesiątą część ceny szacunkowej t. j. 46 zł., której wadym nabycie, w cenę kupna włącznie zostanie, innym zaś zaraz po ukonczeniu licytacji zwrócone będzie. Od złożenia jednakże wadym wolnym jest p. Antoni Szpilman.

3. Utrzymujący się na licytacji jako nabywca, ma cenę za jaką realność ta sprzedaną zastać w 30 dniach po zatwierdzeniu licytacji z potrąceniem wadym przez niego złożonego, do depozytu sądowego złożyć, lub też się wykazać, że części od wspólników po-nabywał, w którymto ostatnim razie tylko resztującą należytość obowiązanym jest złożyć.

4. Niedotrzymanie którego z warunków licytacji pociąga za sobą utratę wadym, a nowa licytacja na koszt i niebezpieczeństwo niedotrzymującego rozpisana zostanie, na której gospodarstwo to na jednym terminie, nawet niżzej wartości szacunkowej sprzedanym zostanie, z zachowaniem regresu do tego, który stał się powodem rozpisania onęże powtórnie.

5. Opisanie i oszacowanie w mowie będącego gospodarstwa gruntowego przejrzanem być może każdego czasu w registraturze tutejszego c. k. Sądu powiatowego, o obszerności zaś jego, podatkach i innych powinnosciach gminnych wiadomość powiązanie będzie można w tutejszym c. k. Urzędzie poborowym i powiatowym.

Z c. k. Sądu powiatowym.

Łanckuc, dnia 26 kwietnia 1862.

## Intelligenzblatt.

### Schon Morgen erfolgt die Ziehung der

### Concordia-Lose

à 50 kr.

mit 661 Delgemälden

im Werthe von

Gulden 20,000 ö. W.

zur Unterstützung hilfsbedürftiger Schriftsteller und Journalisten.

Zu bezlehren bei allen bekannten Los-Verkäufern, durch sämtliche Zeitungs-Redaktionen Buchhandlungen u. s. w.

Wiederverkäufer erhalten

20 Percent in Barem,

und belieben sich dieselben unmittelbar an die Gefertigte zu wenden.

Die Geschäftsleitung der Concordia-Lotterie, Wien, Große Schulenstraße Nr. 824.

Derlei Lose sind zu haben: bei dem k. k. Postamte in Krakau und bei Hrn. Johann Breda, k. k. Lotterie-Collectanten in Krakau.

2. Abgang

2. Monate.

Augsburg, für 100 fl. Süddeutscher Währ. 3 $\frac{1}{2}$ %

Franz. a. R., für 100 fl. süd. Währ. 3%

Hamburg, für 100 fl. W. 3%

London, für 10 Pf. Sterl. 5%

Paris, für 100 Franks 5%

2. Cours der Geldsorten.

Durchschnitt-Cours

Geld Waar.

1. fr. 104 — 104.25

10-Jährig zu 5% für 100 fl. 101.80 102. —

auf Gm. verloßbar zu 5% für 100 fl. 92 — 92.50

der Nationalbank 12-monatig zu 5% für 100 fl. 87.80 88. —

der öster. Bahr. 500 fl. 267 — 268.75

der Kais. Elisabeth-Bahn zu 100 fl. Gm. 164.75 165.25

der Süd.-öster. Verbind. B. zu 100 fl. Gm. 132.25 132.50

der Theiß, zu 200 fl. Gm. mit 140 fl. (70%) Einj. 147 — 147. —

der Süd. Staats-, Lomb.-Ven. und Gent.-ital. Eisenbahn zu 100 fl. öst. Währ. oder 300 fl. 55. — 55.50

oder 500 fl. 267 — 268.75

der Kais. Ludwig's-Bahn zu 200 fl. Gm. 164.75 165.25

der Süd.-öster. Dampfschiffahrtsgesellschaft zu 300 fl. Gm. 219.60 219.80

der Süder.-öster. Ges. zu 500 fl. Gm. 633. — 635. —